

Zum Inhalt des Rundbriefes Nr. 746 vom 14.03.2019

Editorial: „Politische Überprüfung“. („Mein Ärger. Evangelische Kirche fordert politische Überprüfung in den Gemeinden“. Von Gunnar Schupelius)

Liebe Leser,
gestern, am Mittwoch, dem 13. 03. 2019, fiel mir in der Berliner Zeitung „B.Z.“ auf der Seite 8 die Rubrik „Mein Ärger. Der gerechte Zorn des Gunnar Schupelius“ ins Auge. Das Thema: „Evangelische Kirche fordert politische Überprüfung in den Gemeinden“.
(s. nächste Seite den gescannten B.Z.-Beitrag und auf den Seiten 40-48 die Materialien der EKBO zu den Gemeindekirchenratswahlen am 03. November 2019).

Das Thema war für mich aus vielen Gründen von Bedeutung. Ich bin ein politisch denkender und tätiger Mensch, ich nehme täglich Berichte aus den Medien auf, ich lese täglich die „FAZ der Hauptstadt Berlin“ (ich kaufe sie, ich habe sie nicht abonniert, da sie mir zu einseitig und undifferenziert allzu häufig nur gegen „Rechts“ polemisiert, zuweilen mehrmals auf einer Zeitungsseite), ich bringe selbst Nachrichten und Meinungen in die Öffentlichkeit, ich pflege vielfältige Kontakte in den Vereinen und darüber hinaus in weite Bevölkerungskreise, ich habe Erfahrungen mit mehr oder weniger duldsamen Mitmenschen, bewege mich in Vertriebenenorganisationen und – letztendlich – besuche ich fast jeden Sonntag den Gottesdienst meiner Kirchengemeinde und bin darüber hinaus in der Gemeinde auch auf anderen Feldern tätig. So musste mir das Thema aufstoßen!

Unser „AGOMWBW-Rundbrief“ hat auf Seite 1 im Kopf den Hinweis „Die hier niedergelegten Informationen decken sich nicht in jedem Fall mit unseren Ansichten!“. Natürlich ist damit nicht die „Ansicht“ der einzelnen Mitglieder der Trägervereine des „Rundbriefs“, der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin und der Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin gemeint, sondern die gewählten Vorstände der beiden Vereine, die diese nach innen und außen zu vertreten haben. Wer bei uns Mitglied wird, kann sich darauf verlassen, dass wir mit Augenmaß auch gegensätzliche Standpunkte zu Wort kommen lassen. Uns verbindet das Interesse an Ostmitteleuropa im Allgemeinen und an den Vertreibungsgebieten und -schicksalen sowie Westpreußen im Besonderen. So können bei uns Personen aus dem gesamten politischen Spektrum Mitglied werden: in Westpreußen gab es eben nicht nur Linke und Rechte, sondern auch Leute, die sich eher „in der Mitte“ oder nirgendwo politisch einordnen ließen, was ja auch eine politische Aussage ist. Uns bringt auch dieses Schubladendenken von „Links“, „Rechts“ und „Mitte“ nicht weiter.

Kürzlich sprach ich mit einer Funktionsträgerin unserer Landsmannschaft Westpreußen e.V., etwas jünger als ich selbst, über unseren Nachwuchs in der Organisation und bei den Funktionsträgern. Dabei erwähnte sie ihre Tochter, die vom Alter her meine Enkelin sein könnte. Als ich sie ermutigen wollte, ihre Tochter in unsere Landsmannschaft aufzunehmen, rief sie entsetzt: „Wo denken Sie hin, meine Tochter ist auf dem Wege Staatsanwältin zu werden, sie könnte sich das politisch mit einer Mitgliedschaft verderben“! Aha!

Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre war ich Mitglied im Vorstand der „Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V.“ in Berlin. Krafft von Metnitz, der damalige Vorsitzende, hatte auch einen bekennenden Kommunisten in den Vorstand berufen. Wir arbeiteten gut zusammen, denn es ging um Schlesien, wo bekanntlich auch Kommunisten lebten. Jahrzehnte später erfuhr ich, dank einer Studie des Instituts für Zeitgeschichte, das wir einen Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheitsbehörde im Vorstand hatten. Nein, nicht der Kommunist hat uns an die Stasi verraten, es war ein jovialer, uns nach dem Munde redender Landsmann. ►

Mich haben nicht mein Kommilitone Rudi Dutschke und seine 1968er geprägt, sondern ein guter Unterricht im Reinickendorfer Gymnasium, das den verpflichtenden Namen von Bertha von Suttner trägt.

Und so kann ich mit Nachdruck versichern, dass ich mich für einen gepflegten und differenzierten Meinungs austausch einsetze - Fehler nicht ausgeschlossen. Das ist ein hohes Ziel, das ich mit meinen Vorstandsmitgliedern durch eine gute und kritische Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern, Freunden, Lesern und auch politischen Gegnern zu erreichen suche.

Gunnar Schupelius hat mir auf meine MAIL-Anfrage zu der Handreichung für die Gemeinderatswahlen sehr schnell geantwortet und mir den LINK mitgeteilt:

https://gkr-ekbo.de/wp-content/uploads/20190311_W%C3%A4hlbarkeit-menschenfeindliches-Verhalten.pdf

Wir werden auf diese „Handreichung“ wohl noch zurückkommen!

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen
Ihr Reinhard M. W. Hanke

BZ Mittwoch, 13. März 2019

Mein Ärger

Der gerechte Zorn
des Gunnar Schupelius



Evangelische Kirche fordert politische Überprüfung in den Gemeinden

In der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wird es künftig eine Überprüfung der politischen Gesinnung geben. Die Gemeinden sind dazu aufgerufen, niemanden mehr in ihren Vorstand zu wählen, der politisch zu weit rechts steht.
Die Kirchenleitung hat zu diesem Zweck eine „Handreichung für Gemeindegemeinderäte“ herausgegeben. Dort sind die „Kriterien für den Ausschluss von der Leitung einer Kirchengemeinde“ beschrieben.
Nach diesen Kriterien dürfen Mitglieder einer Kirchengemeinde dann nicht in den Vorstand ihrer Gemeinde gewählt werden, wenn sie „Parteien oder Organisationen“ unterstützen, die „menscheneindliche Ziele verfolgen“. Als menschenfeindlich gelten zum Beispiel Worte und Taten, die Menschen „aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft“ herabwürdigen.
Wer sind nun diese „Partei-

en oder Organisationen, die „menschenfeindliche Ziele verfolgen“? Die Kirchenleitung nennt in ihrer Handreichung einerseits rechtsextreme Splittergruppen, wie zum Beispiel die NPD, die „Reichsbürger“ oder die „Identitäre Bewegung“, andererseits aber auch die AfD und „asylfeindliche Initiativen“.
Unterstützer der rechtsextremen Splittergruppen sollen prinzipiell gar nicht für den Gemeindevorstand zugelassen werden. Bei AfD-Mitgliedern sei die „Wählbarkeit im Einzelfall zu prüfen“. So empfiehlt es die Kirchenleitung den Gemeinden. Auch Mitglieder von Initiativen, die sich „gegen die Aufnahme von Geflüchteten wenden“ sollen einer Prüfung unterzogen werden.
Wie sieht nun eine solche Politische Überprüfung aus? Die Gemeinden sollen „gut dokumentieren“, was gegen einen Kandidaten spricht. Wenn sie sich nicht sicher sind, sollen sie Pfarrer Heinz-Joachim

Lohmann anrufen, den „Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum“. Der gibt dann sein „Votum“ ab. Außerdem sollen sich die Gemeinden „Rat und Hilfe“ bei Aktivisten holen, wie zum Beispiel beim

lich, denn eine Vielzahl dieser Gruppen ist gewaltbereit und also „menschenfeindlich“ unterwegs.
Hat die Kirchenleitung das linksextreme Spektrum vergessen? Das ist kaum möglich, denn in einer Stadt wie Berlin steht die Gewalt von links im Vordergrund. Offenbar wird also ganz bewusst nur zum Kampf gegen rechts geblasen und nicht gegen links. Das macht die Kirche angreifbar, sie wirkt dadurch parteiisch, als wäre sie selber eine politische Partei. Das ist sie aber nicht.
Die Kirche schlägt einen gefährlichen Weg ein. Sie ruft dazu auf, dass Gemeindeglieder sich gegenseitig politisch überprüfen.
Das führt über kurz oder lang zu Misstrauen und Ausgrenzung, also zum Gegenteil dessen, was die Kirche erreichen will.

Berliner Dom mit Kreuz: Wie parteiisch ist die Kirche?



FOTO: GETTY

„Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin“.
In der „Handreichung für Gemeindegemeinderäte“ werden ausdrücklich nur rechtsextreme oder rechte Parteien oder Organisationen benannt, aber keine linken oder linksradikalen Gruppen und Vereinigungen. Das ist erstaun-

Hat Schupelius recht?
Rufen Sie an: 030/2591 73153 oder
Mail: gunnar.schupelius@axelspringer.de